

AXEL KRUMREY

Rotes Brandenburg mit »braunen« Flecken

ANALYSE DER KOMMUNALWAHLEN IN BRANDENBURG 2008

Rot ist die Landesfarbe Brandenburgs, rot ist der Adler im Wappen, und rot ist nun auch wieder weitestgehend die politische Landkarte auf Landkreisebene. Nach einem kosmetischen Fehler – so möchte man heute sagen – erobern SPD und Linke bei den Kommunalwahlen in Brandenburg fast alle Kreisparlamente und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, in denen sie noch 2003 die Führungsposition an die CDU abtreten mussten, zurück. Als Wahlsieger fühlt sich die SPD mit 25,8 Prozent, die größten prozentualen Zuwächse fuhr die Linke mit insgesamt 24,7 Prozent ein und als großer Verlierer gilt die CDU (19,8 Prozent). So einfach kann kommunale Politik im Landesmaßstab sein. Doch ein genauerer Blick auf die kommunale Wahlmaterie lohnt sich. Zumal das erste Bild trügerisch ist, denn ein fader Beigeschmack sind die nahezu flächendeckenden Erfolge der „braunen“ Organisationen NPD und DVU.

Allgemeine Rahmenbedingungen und lokale Besonderheiten

Brandenburg ist überwiegend ländlich geprägt. Hinter Mecklenburg-Vorpommern ist es das Bundesland mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Eine geografische Besonderheit Brandenburgs besteht darin, dass in seiner Mitte der Stadtstaat Berlin zu finden ist. Um Berlin rankt sich der so genannte Speckgürtel. Sowohl die demographische Entwicklung als auch die sozio-ökonomischen Merkmale der dort lebenden Bevölkerung unterscheiden sich von denen in den Berlin fernen (peripheren) Gegenden.¹ Das hat Auswirkungen auf die politischen Themen vor Ort und folglich auf die Lokal-

politik. Während sich peripher gelegene Landkreise und Gemeinden mit Schulschließungen, dem Abriss von Wohnraum und dem Rückbau der allgemeinen Infrastruktur auseinandersetzen müssen, leiden die Kindertagesstätten und Schulen im „Speckgürtel“ an Überauslastung und der Ausbau der Infrastruktur bleibt hinter der Bevölkerungsentwicklung zurück. Deutlich wird das nicht zuletzt auch in den Meinungsumfragen. So wird die unzureichende Verkehrsinfrastruktur in den Regionen um Berlin als größtes Problem betrachtet. In den peripher gelegenen Regionen steht jedoch die Arbeitslosigkeit an der Spitze der benannten Probleme.² Arbeitslosenquoten von mehr als 20 Prozent sind gerade dort keine Seltenheit.

Liegt das Interesse an Wahlen in Brandenburg allgemein unter dem Bundesdurchschnitt, so verstärkt sich dieser Trend in der Regel bei Kommunalwahlen. Dieser Umstand ist unter anderem damit zu begründen, dass der kommunalen Ebene eine geringere politische Bedeutung beigemessen wird. Kommunalwahlen werden deshalb nicht selten genutzt, um „Denkzettel“ an die Etablierten zu verteilen. Davon profitieren in zunehmendem Maße auch freie Wählergruppen, die mit lokalen Themen und bissiger Rhetorik gegen die „etablierten“ Parteien in die Wahlkämpfe ziehen.

Die letzten Kommunalwahlen 2003 gewann auf Kreisebene die CDU mit 27,8 Prozent. Die SPD büßte mehr als 15 Prozentpunkte ein und lag letztlich bei 23,5 Prozent. Nahezu stabil blieb die damalige PDS, die 21,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielte. Regional gute bis herausragende Ergebnisse fuhren die freien Wählervereinigungen ein. Summiert erhielten sie landesweit in den Kreisen und kreisfreien Städten deutlich mehr als 10 Prozent. Grundsätzlich ist festzustellen, dass mit wachsender Einwohnerzahl auch die Bedeu-

¹ So ist nicht nur die Arbeitslosenquote in den Berlin nahen Gemeinden wesentlich geringer als in Landkreisen wie der Uckermark oder der Prignitz, sondern auch die Bevölkerungsentwicklung gestaltet sich entgegengesetzt zum Trend in den Berlin fernen Regionen. In diesem Sinne verzeichnete der Landkreis Barnim in der Zeit von 2004 bis 2007 ein Bevölkerungswachstum von 3.651 Personen, der Nachbarlandkreis Uckermark verlor im selben Zeitraum 7.752 Einwohner.

² Siehe: http://www.rbb-online.de/_fernsehen/galerie_jsp/key=multimedia_7972234/picnr=8.html, 29.09.2008

Gesamtergebnis der Kommunalwahlen

Bezeichnung	Aktuell (2008)		Historisch (2003)	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
SPD	778.961	25,8 %	642.301	23,5 %
DIE LINKE	745.610	24,7 %	581.415	21,3 %
CDU	598.989	19,8 %	758.375	27,8 %
FDP	220.170	7,3 %	172.886	6,3 %
GRÜNE/B 90	139.648	4,6 %	113.674	4,2 %
Sonstige	537.813	17,7 %	459.525	16,8 %

tung der Parteien vor Ort wächst. Im Umkehrschluss spielen politische Parteien in dörflichen Gemeinden kaum eine bzw. gar keine Rolle.

Wesentlich verantwortlich für das überraschend schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten 2003 war ihre Sozialpolitik im Bund. Mit der Agenda 2010 des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder mochten sich die Märker so gar nicht anfreunden. Die CDU profitierte trotz ihrer Regierungsbeteiligung im Land von der Misere der SPD. Die PDS befand sich nach dem enttäuschenden Abschneiden bei der Bundestagswahl 2002 und innerparteilichen Kontroversen in einer Konsolidierungsphase.

Wahlkampfthemen und Wahlkampfaktivitäten 2008

Weitestgehend dominierten Themen den Wahlkampf der Parteien und der unabhängigen Wählergruppen vor Ort, die lokale Probleme benannten.³ Mit der Plakatierung in den Ortschaften griffen die Listenträger jedoch primär landes- und bundespolitische Themen wie Mindestlöhne, Pendlerpauschale oder die Bildung auf.

Die SPD gab sich als die eigentliche soziale Kraft im Land. Um ein einheitliches Erscheinungsbild abzugeben, wurde der Wahlkampf über den Landesvorstand organisiert und der beliebte Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende, Mathias Platzeck, als prominentes Zugpferd genutzt.⁴ Mit ihm gelang es den Sozialdemokraten bereits 2004 entgegen dem allgemeinen Bundestrend die Landtagswahlen zu gewinnen

³ Obwohl die Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik auf Landes- bzw. Bundesebene geschaffen werden, traf man damit den Nerv der potentiellen Wählerinnen und Wähler, wie auch eine Veröffentlichung von Infratest dimap kurz vor dem Urnengang zeigte. So gaben 59 Prozent der Befragten an, dass die Kommunalpolitik für ihre Wahlentscheidung die größte Rolle spiele. Siehe: <http://www.infratest-dimap.de/?id=151#6>, 30.09.2008

⁴ Zuletzt stellte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap heraus, dass Platzeck mit der Durchschnittsnote 2,4 (auf einer Skala von 1 bis 6) und einem Bekanntheitsgrad von 96 Prozent der herausragende Landespolitiker in Brandenburg sei. Siehe: <http://www.infratest-dimap.de/?id=178>, 29.09.2008

und somit die Basis für die Weiterführung der „Großen Koalition“ unter seiner Rigide zu ermöglichen. Fast alle Großwerbeflächen, die in den Städten aufgestellt wurden, zeigten sein Konterfei. Zudem versuchte die SPD ihr Ergebnis durch die Kandidaturen von Landräten, hauptamtlichen Bürgermeistern und Landesministern in ihre Kommunen zu verbessern. Diese Strategie sorgte bereits im Vorfeld der Wahlen für großen Wirbel.⁵

Die CDU, seit dem Abtritt von Jörg Schönbohm als Landesvorsitzender in einem chronischem Flügelkampf zwischen dem neuen Landesvorsitzenden Ulrich Jung-hans und seinem Stellvertreter Sven Petke verhaftet, verzichtete, wohl auch aus finanziellen Gründen, auf eine landesweite Wahlkampfstrategie und überließ vielmehr den Kreis- und Ortsverbänden die konkrete Ausgestaltung. Der Jugendverband der CDU, die „Junge Union“, entschloss sich dennoch zu einem Kommunalwahlprogramm. Erstaunlich, dass sie sich vor allem für die Stärkung der Schulträger einsetzte, um ein weiteres Schulsterben in den ländlichen Regionen zu verhindern, obwohl ihre Mutterpartei im Land für die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Schulschließungen befördern, mitverantwortlich zeichnet.

Die Linke, seit 2004 zweitstärkste Kraft im Landesparlament, musste bereits vor dem offiziellen Beginn des Kommunalwahlkampfes feststellen, dass ihre geplante Strategie, die Landesregierung und die konkurrierenden Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen mit sozialpolitischen Kampagnen auf Landesebene unter Druck zu setzen, nicht aufgehen würde. Das lag hauptsächlich daran, dass die Initiativen für ein Sozialticket im Land und für die kostenlose Schülerbeförderung von den Regierungsparteien in Brandenburg übernommen wurden. Trotzdem zog die Partei mit dem Slogan „Original Sozial“ in den Wahlkampf. Einerseits erhoffte sie sich damit Rückenwind durch den allgemeinen Bundestrend,

⁵ So trat unter anderem der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jacobs bei der Kommunalwahl für ein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam an, wohlweislich, dass ihm die Kommunalverfassung die Annahme des Mandats unmöglich machte, solange er Oberbürgermeister bleiben wollte.

in dem die Linke zunehmend als Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen wird. Andererseits ging sie somit in die bewusste Konfrontation zur SPD, die ihrerseits dieses Thema besetzte. Besonders betont wurden die Ablehnung der Privatisierung kommunalen Eigentums, die Stärkung der Bildung, die Bekämpfung der Armut vor Ort und die Wiedereinführung der „alten“ Pendlerpauschale. Wenngleich mit der Pendlerpauschale ein bundespolitisches Thema angesprochen wurde, besitzt es für viele Haushalte in den Kommunen Brandenburgs große Bedeutung. Schließlich müssen mehr als 220.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger, mitunter über die Landesgrenzen hinweg, zu ihrem Arbeitsplatz pendeln. Außerdem griff die Brandenburger Linke die bundespolitischen Kampagnen der Linken gegen die Rente mit 67 und für gerechte Löhne (Mindestlöhne) auf. Wohlweillich, dass die Kommunalpolitik kaum Möglichkeiten besitzt, auf diesen Feldern aktiv zu werden, sollte damit das soziale Profil der Partei geschärft werden. Wie CDU und SPD warb auch die Linke mit ihren prominenten Gesichtern. So bestritten beispielsweise Gregor Gysi und Oskar Lafontaine mehrere Wahlkampfveranstaltungen im Land.

Freie Wählergruppierungen wie „Rettet die Uckermark“, „Bürger für die Lausitz“, „Bürgerinitiative Stadtumbau Frankfurt (Oder)“ oder die „Vereinte Sozialgemeinschaft“ orientierten sich primär an einem Schwerpunktthema, das lokal von Bedeutung ist. In der Uckermark sind das beispielsweise die wachsenden Windkraftfelder, in der Lausitz der Braunkohleabbau und in Frankfurt (Oder) der Stadtumbau. Lediglich eine Listenvereinigung formulierte den Anspruch, landesweit Bedeutung zu erlangen. Die Liste „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/ 50 Plus“ (BvB/ 50plus), zu der sich mehr als 50 Bürgergruppen zusammengeschlossen haben, fiel vor allem mit ihrer aggressiven Polemik gegen die etablierten Parteien auf, die sie „Altparteien“ nennt. Thematisch trat sie unter anderem für die „Entschlackung der aufgeblähten Brandenburger Verwaltung“, gegen den in der Kommunalverfassung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzerzwang und für mehr direkte Demokratie ein. Ein gewisser rechter Populismus war dem Wahlkampf dieser Gruppierung immanent.

Während insbesondere die etablierten Parteien und die freien Wählergemeinschaften mit ihren Kandidaten bei Infoständen, Straßenfesten, Kundgebungen oder Radtouren den persönlichen Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern suchten, verfolgten die rechtsextremen Parteien NPD und DVU einen nahezu anonymen Wahlkampfstil. Plakate wurden hauptsächlich nachts an den Laternenmasten angebracht und die zahlreichen Briefkastenaktionen für Werbematerialien erfolgten ebenso

Statistisches

Insgesamt waren ca. 2,14 Mio. Brandenburgerinnen und Brandenburger, darunter etwa 13.800 Unionsbürger, angehalten, ihre Stimmen für 14 Kreistage, die Stadtverordnetenversammlungen von vier kreisfreien Städten und die Vertretungen in 416 Gemeinden abzugeben. Zudem mussten 266 ehrenamtliche und vier hauptamtliche Bürgermeister sowie 353 Ortsvorsteher und 1.264 Ortsbeiräte bestimmt werden.

Zur Wahl für die 744 zu vergebenen Sitze in den Kreistagen und die 198 Sitze in den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte stellten sich insgesamt 5.830 Bewerberinnen und Bewerber. Träger der Wahlvorschläge waren 10 Parteien, drei politische Vereinigungen, 10 Listenverbindungen, 55 Wählergruppen und 11 Einzelbewerber. Unter den Parteien befanden sich neben den etablierten Größen auch die rechtsextremen Organisationen von NPD und DVU, die 49 bzw. 72 Kandidatinnen und Kandidaten aufboten.

inkognito. Thematisch setzten diese Organisationen ausschließlich auf Protest. Die DVU, die bereits seit 1999 in Fraktionsstärke im Brandenburgischen Landtag vertreten ist, forderte auf ihren Plakaten beispielsweise „Raus! Die Rote Karte für Polit-Bonzen“ oder „Löhne und Sozialleistungen rauf, Diäten Runter!“. Die NPD stand dem in nichts nach und beschwor „Diesmal was anderes wählen! NPD“ oder „Bürgerwut in den Kreistag! NPD“. Allein im Landkreis Oberhavel ließ sich die NPD ihren Wahlkampf nach eigenen Angaben etwa 6.000 Euro kosten.

Zusätzlich zur Plakatierung und der direkten Kontaktaufnahme wurden durch einen großen Teil der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber sowie die jeweiligen Listenträger vielfältige Printmedien publiziert. Nicht wenige Briefkästen vermochten der Fülle von Informationen nicht Stand zu halten.

Der Ausgang der Wahlen

Die „Etablierten“

Während die als etabliert wahrgenommenen Parteien CDU, SPD, Linke, FDP und Grüne in allen 91 Wahlkreisen der 14 Landkreise und vier kreisfreien Städte Kandidaten aufstellten, kandidierte die Listenvereinigung BvB/ 50plus in 11 Landkreisen und drei kreisfreien Städten. Nahezu flächendeckend traten auch variierende Listen des Bauernverbandes an. Die rechtsextremen Parteien DVU und NPD teilten sich nach Vorabgesprächen das Wahlgebiet auf.

Auf das Erstarren der freien Wählergruppen bei den Kommunalwahlen von 2003 reagierten die Parteien durchweg mit einem stärkeren Personalaufgebot. Zudem erhoffte man sich, auf diese Weise auch dem Trend der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken.

Die Verkündung der vorläufigen Endergebnisse durch den Landeswahlleiter war mit diversen Problemen behaftet.⁶ Auch deshalb soll hier vordergründig die Kreisebene betrachtet werden.

Wie bereits 2003 wurde auch bei diesen Kommunalwahlen einer der Koalitionspartner im Land abgestraft. Diesmal hatte allerdings die CDU die herben Verluste zu beklagen, während sich die SPD von ihrem Tief der letzten Kommunalwahlen leicht erholen konnte. Erlangte die CDU 2003 noch in 10 Landkreisen und einer kreisfreien Stadt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, so erhielt sie 2008 nur noch in drei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt den größten Wählerzuspruch. Doch auch dort verlor sie massiv an Zustimmung. Die SPD siegte 2008 in neun Landkreisen und einer kreisfreien Stadt, während ihr das 2003 lediglich in drei Landkreisen gelang. Die Linke, die 2003 primär in den kreisfreien Städten Mehrheiten erlangte, gewann einen Landkreis hinzu, verbuchte jedoch überall ein Stimmenplus.

Anders als noch 2003 dürfte in diesem Jahr weniger die Bundespolitik ausschlaggebend für das vorliegende Ergebnis sein. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die CDU für das bescheidene Erscheinungsbild ihres Brandenburgischen Landesverbandes abgestraft wurde. Die Differenzen der beiden Parteiflügel spiegelten sich auch in den Kreis- und Ortsverbänden wider.⁷ Auch wenn ihr Landesvorsitzender Junghans die „politische Großwetterlage“ und die schlechte Stimmung aufgrund sinkender Reallöhne und steigender Energiepreise als Ursache für das unerwartet schlechte Abschneiden seiner Partei anführte. Das mit Abstand schlechteste Ergebnis fuhr die CDU ausgerechnet im Speckgürtel Berlins, in der Landeshauptstadt Potsdam ein.

6 So führte die Einführung einer neuen Software offensichtlich zu zahlreichen Pannen. Lange Zeit blieb der Server des Landeswahlleiters unerreichbar. Auch drei Wochen nach der Verkündung des Endergebnisses ließ die Aufbereitung der Ergebnisse zu Wünschen übrig.

7 Die Differenzen manifestieren sich dabei weniger an inhaltlichen Fragen, sondern primär an personellen. Sven Petke, jung, dynamisch und karriereorientiert, gegen Ulrich Junghans, mittleres Alter, eher gediegen und zudem ehemaliger Funktionär der DDR-Bauernpartei. Eben daran reiben sich große Teile der märkischen CDU, die die DDR-Biographie ihres Vorsitzenden als abträglich und als schwer vereinbar mit den Parteizielen charakterisieren.

Zum Wahlrecht

Entsprechend den Festlegungen im Kommunalwahlgesetz handelt es sich in Brandenburg um eine mit der Personenwahl verbundene Verhältniswahl. Das bedeutet, jeder Wahlberechtigte, dazu gehören auch Bürger der Europäischen Union, hat die Möglichkeit, an der Wahlurne drei Stimmen für die jeweils zu wählende Vertretung abzugeben. Diese drei Stimmen können kumuliert oder panaschiert werden. Die Wähler erhalten demnach die Möglichkeit, entweder mehrere Stimmen auf einen Bewerber anzuhäufeln oder sie auf verschiedene Kandidaten unterschiedlicher Listen zu verteilen. Die kommunale Wahlperiode beträgt in Brandenburg grundsätzlich fünf Jahre. Mit Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung wird die nun angelaufene Legislatur ausnahmsweise auf etwa 5,5 Jahre verlängert, da Kommunalwahlen nun im Zeitraum vom 1. März bis 31. Oktober jedes fünften auf das Jahr 2009 folgenden Jahres stattfinden. Eine Sperrklausel, die einen bestimmten prozentualen Anteil am Gesamtergebnis vorschreibt, um in eine Vertretung zu gelangen, gibt es nicht. Neu ist, dass in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte fortan mindestens vier Abgeordnete nötig sind, um eine Fraktion zu bilden.

Mit 11,8 Prozent erhielt der Kreisverband die Quittung für die auch dort auf offener Bühne ausgetragenen innerparteilichen Auseinandersetzungen.⁸ Im Jahr 2003 holte die CDU dort noch 19,2 Prozent.

Die SPD erreichte landesweit 25,8 Prozent. Insgesamt legte sie somit gute zwei Prozentpunkte im Vergleich zu 2003 zu. Berücksichtigt man bei der Beurteilung des Wahlergebnisses jedoch, dass die SPD lange Zeit de facto die „Staatspartei“ Brandenburgs darstellte und in der Zeit von 1990 bis 1998 Kommunalwahlergebnisse von 28 bis 38 Prozent einfuhr, relativiert sich ihr aktueller Erfolg. So ist es nicht unverständlich, dass Platzbeck in der Einschätzung des SPD-Ergebnisses wenig euphorisch wirkte. Ein „gutes Fundament für die Landtagswahl 2009“ sei es, gewünscht habe er sich jedoch mehr. Eine allgemein erkennbare Parteienverdrossenheit, die auch durch die anhaltenden parteiinternen Führungskämpfe der Sozialdemokraten auf Bundesebene genährt worden sein dürfte, könnte ein besseres Abschneiden ebenso verhindert haben, wie die Regierungsbeteiligung im Bund und die aktuelle Landespolitik. Schließlich trat die SPD

8 Erst im Juli 2008 wurde in einer Kampfabstimmung zwischen dem Junghans-Vertrauten Hans-Wilhelm Dünn und der Ehefrau von Sven Petke, Katharina Reiche (MdB), der neue Kreisvorsitzende bestimmt. Zuvor war der langjährige Amtsinhaber Wieland Niekisch, ebenso wie Dünn dem Junghans-Lager in der Partei angehörend, geschasst worden. Reiche gewann schließlich die Wahl.

Die Resultate der Linken in den Kreisverbänden

	Landkreis	2008	Veränderung zu 2003	Platz 2003
1	Frankfurt/ Oder	37,3	3,5	1
2	Potsdam	31,2	-2,8	2
3	Märkisch-Oderland	30,5	5,8	5
4	Barnim	28,3	3,7	4
5	Oder-Spree	27,5	5,6	9
6	Cottbus	26,9	0,1	3
7	Teltow-Fläming	25,6	4,9	8
8	Brandenburg/ Havel	23,9	9,0	18
9	Ostprignitz-Ruppin	23,5	3,5	12
10	Oberhavel	23,3	3,7	13
11	Dahme-Spreewald	23,3	3,4	6
12	Oberspreewald-Lausitz	22,0	3,1	10
13	Spree-Neiße	21,9	1,8	7
14	Havelland	21,3	2,6	14
15	Elebe-Elster	20,8	4,3	16
16	Uckermark	20,6	0,8	11
17	Prignitz	20,2	2,4	15
18	Potsdam-Mittelmark	19,1	2,5	17

mit Forderungen an, die sie sowohl in der Landes- als auch in der Bundespolitik nicht umzusetzen im Stande war. Erinnert sei hier vor allem an die Einführung des Mindestlohnes und die Verbesserung des Bildungsstandards. Sowohl das Arbeitsressort im Bund als auch das Bildungsressort im Land sind durch SPD-Minister besetzt. Viele Wählerinnen und Wähler waren offensichtlich sehr wohl in der Lage, dies bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen. Die Scheinkandidaturen von hauptamtlichen Bürgermeistern und Landräten der SPD für ihre eigenen Vertretungen blieben ohne spürbare Auswirkungen auf das jeweilige Gesamtergebnis der Sozialdemokraten. Ein weiterer Vertrauensverlust in die Politik der Parteien könnte jedoch beim absehbaren Mandatsverzicht die Folge sein.

Die flächendeckend größten Gewinne verzeichnete die Linke im Land Brandenburg. Dabei profitierte die Partei zum einen von ihrer Oppositionsrolle im Landtag und zum anderen vom medial intensiv begleiteten positiven bundesweiten Trend. Lediglich in der kreisfreien Stadt Potsdam verlor sie prozentual leicht, behielt jedoch ihre Spitzenposition.⁹ Gerade auf Potsdam richteten sich viele interessierte Augen. So verzeichnet die Landeshauptstadt seit Jahren ein enormes Bevölkerungs-

wachstum vor allem durch Zuzüge. Insbesondere die gut situierten Viertel der Stadt partizipieren daran. Grundsätzlich galten viele der Neu-Potsdamer nicht unbedingt als linke Wählerklientel. Vor diesem Hintergrund ist das gute Abschneiden der Partei relativ hoch zu bewerten.¹⁰ Ihr bestes Ergebnis in einem Landkreis errang die Linke in Märkisch-Oderland. Hier verbuchte sie mit 30,6 Prozent einen Stimmenzuwachs von knapp sechs Prozent. Erfolgreichste Kreistagskandidatin war die Landtagsfraktionsvorsitzende und designierte Spitzenkandidaten der Linken für die nächste Landtagswahl Kerstin Kaiser.¹¹ Die überregionale Bekanntheit machte sich wohl bezahlt.

Wenngleich auch in den peripheren Landkreisen Gewinne eingefahren wurden, ist festzustellen, dass die Linke vor allem in diesen Regionen unterdurchschnittliche Stimmenanteile erzielte. Hier reichte es „nur“ zu Ergebnissen von knapp unter bzw. knapp über 20 Prozent. Festzustellen ist folglich, dass es auch der Linken schwer fällt, die Abstiegs- und sozialen Ängste der

⁹ Absolut gewann DIE LINKE sogar gut 6.000 Stimmen hinzu (von 52.458 2003 auf 58.533 2008).

¹⁰ Hier zeigte sich unter anderem, dass es Sinn macht, mit regional bekannten und profilierten Kandidaten zur Wahl anzutreten. So holten die ehemaligen Oberbürgermeisterkandidaten Rolf Kutzmütz und Hans-Jürgen Scharfenberg gemeinsam mehr als 20.000 Stimmen für die Linke.

¹¹ Mit 5.960 Stimmen erzielte sie einen Gesamtstimmenanteil von 20,4 Prozent. Insgesamt traten 59 Kandidaten für 12 Listenträger an.

Menschen in den zumeist dörflich geprägten Regionen aufzugreifen, wenn vermeintliche Alternativen zur Wahl stehen. Gerade in diesen Gegenden ist es ihr nicht gelungen, personell Fuß zu fassen. Zudem wird sie in Brandenburg auf kommunaler Ebene kaum noch als Protestpartei wahrgenommen. So ereilt die Linke mitunter das Schicksal, zum Adressaten des „Denkzettels“ an die Etablierten zu werden. Die klassischen Wählermilieus der Linkspartei sind weiterhin in den urbanen Zentren zu finden. In den Plattenbauvierteln der Städte ist die Linke gut verankert. Die konkreten politischen Gestaltungsmöglichkeiten der lokalen Vertretungen sind in diesen Gemeinden außerdem in größerem Maße gegeben.¹² Deshalb stoßen die sozialen Themen der Linken - kostenlose Kita-Betreuung, kostenloses Schulesen, Hartz IV, Sozialpass, Privatisierung kommunalen Eigentums etc. - hier häufiger auf offene Ohren und entsprechen ferner eher den Bedürfnissen der vor Ort lebenden Menschen.

Sowohl die Grünen als auch die FDP, die beide nicht im Landtag vertreten sind, konnten sich im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2003 leicht verbessern. Mit 7,3 Prozent fuhr die FDP zudem ihr bestes Ergebnis in Brandenburg überhaupt seit der Bundestagswahl 1990 ein. Überdurchschnittliche Zugewinne verzeichnete die FDP vor allem in den Landkreisen, in denen die CDU besonders stark an Zuspruch verlor. Ein gewisser Stimmenaustausch im bürgerlichen Lager liegt somit nahe, wenngleich deutlich wird, dass es der FDP bei weitem nicht gelang, die Verluste der CDU zu kompensieren. Bei den Grünen ist nach wie vor zu beobachten, dass es ihnen noch immer nicht gelingt, sich in den Berlin ferneren Regionen zu verankern. Hier führen sie ihre schlechtesten Ergebnisse ein, während sie im Speckgürtel oftmals die 10-Prozent-Marke überspringen konnten. Die Wählerschaft der Grünen ist offensichtlich weiterhin zweigeteilt. In den Ballungsräumen um Berlin werden sie verstärkt als Partei gut situierter bürgerlicher Milieus gewählt, in den peripheren Regionen speist sich die magere Wählerklientel der Grünen jedoch primär aus links-alternativen Milieus, deren Protagonisten nicht selten die Großstadt hinter sich gelassen haben. Während sich die FDP bei einer anhaltenden Schwäche der CDU nun sicherlich gute Chancen auf den Einzug in den Brandenburgischen Landtag machen kann, dürfte es für die Grünen 2009 erneut eng werden.

12 Gemeinden mit Einwohnerzahlen unter 5.000 sind entsprechend der Kommunalverfassung zu so genannten Ämtern zusammengefasst. Wenngleich die Gemeindebewohner Gemeindevertretungen wählen, obliegt die tatsächliche Entscheidungshoheit dem Amtsausschuss, der sich entsprechend eines Verteilungsschlüssels aus Vertretern der einzelnen Gemeindevertretungen zusammensetzt.

Die Unabhängigen

Wiederum stark präsentierten sich nahezu flächendeckend die freien Wählergruppen sowie die Listenvereinigungen und Verbände, die eigene Kandidaten in das Rennen um Mandate schickten. Mit zusammengenommen etwa 14 Prozent gelang es ihnen, flächendeckend in die Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte einzuziehen. Neben neuen Wählergemeinschaften fanden sich unter den Kandidatenlisten auch bereits von den letzten Kommunalwahlen bekannte unabhängige Listen. Mit ihrer auf lokale Themen orientierten Programmatik blieb es keine Seltenheit, dass sie renommierte Parteien wie die FDP oder die Grünen hinter sich ließen. Ein gutes Beispiel dafür bietet der Landkreis Uckermark. Gleich vier freie Wählergruppierungen werden hier dem neu gewählten Kreistag angehören.¹³ Diese Stärke von parteiunabhängigen Bürgervereinigungen auf kommunaler Ebene hat mehrere Ursachen. Allgemein kann festgehalten werden, dass die parteipolitische Interessenvertretung auf kommunaler Ebene oftmals als zu wenig sachorientiert und zu sehr an Parteibüchern ausgerichtet wahrgenommen wird. Sie verlieren in der Folge an Zuspruch. Verstärkt wird die Abkehr von den Parteien in der Kommunalpolitik zudem durch einen bundesweiten Trend. So lässt die Parteienbindung der Bevölkerung insgesamt nach. Spätestens seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre konstatieren Parteienforscher einen massiven Vertrauenseinbruch gegenüber den politischen Parteien. In dieses Vakuum stoßen die so genannten Rathausparteien, die örtliche Sonderinteressen zeitweise oder dauerhaft übersetzen, vor.¹⁴ Mit anderen Worten, ist die Stärke der freien Bürgervereinigungen und Verbände, u.a. mit der Schwäche der etablierten Parteien zu erklären, wobei die Bundes- und die Landespolitik eine wichtige Rolle zur Identifizierung der Bürger mit einer Partei einnimmt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die freien Wählervereinigungen in Brandenburg vor allem von der Schwäche der CDU profitiert haben. Wenngleich bisher keine Wählerwanderungsbilanzen bekannt sind, wird bei einer Betrachtung der Binnenstruktur auffällig, dass sich vorwiegend besser Gebildete aus mittleren oder gehobenen Berufsgruppen in den Wählerinitiativen engagieren

13 Die stärkste freie Wählergruppierung war wie schon 2003 die Bürgergemeinschaft „Rettet die Uckermark“ mit 7,3 Prozent (4 Sitze), gefolgt von der Wählergruppe „Bauern – ländlicher Raum“, die 6,3 Prozent der Stimmen erhielten (3 Sitze). Ebenso im neu gewählten Kreistag vertreten sind die Listenvereinigung „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/50 Plus“, die 2,5 Prozent der Stimmen erhielt (1 Sitz) sowie die „Wählergemeinschaft den Bürgern verpflichtet“, die 1,1 Prozent erzielte (1 Sitz). Knapp gescheitert ist hingegen die Freiwillige Feuerwehr Templin.

14 Vgl.: Holtmann: Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik, in: Gabriel/ Niedermayer/ Stöss: Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 414.

– eben diese Leistungsstarken, die die CDU mit ihrer Politik erreichen will.

Insgesamt wird die Kommunalpolitik durch die Stärke der freien Wählervereinigungen bunter und vielfältiger. Gleichzeitig wird es den etablierten Parteien jedoch schwerer fallen, stabile Mehrheiten für die kommunalen Entscheidungsprozesse zu bilden. Ergänzt sei noch, dass die freien Wählergruppen, die nicht selten lediglich ein Schwerpunktthema besetzen, durchaus auch wieder von der politischen Landkarte weichen können, wenn das von ihnen vertretene Thema entweder aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet oder glaubhaft durch eine Partei übernommen wurde.

Die Antidemokraten

Angesichts der Erfolge von DVU und NPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie jüngst bei den Kreistagswahlen in Sachsen, war auch bei den Kommunalwahlen in Brandenburg die Angst vor einer wachsenden Zustimmung für diese rechtsextremen Organisationen groß. Schlagzeilen machte vor allem die NPD. Zunächst kündigte Landeschef Klaus Beier an, dass seine Partei mit so genannten Tarnkandidaten auf den Listen anderer Gruppierungen antreten wolle, dann scheute sich die NPD nicht, vorbestrafte Gewaltverbrecher auf ihre eigenen Kandidatenlisten zu setzen.¹⁵ Dieses Vorgehen machte zweierlei Dinge deutlich. Zum einen hat die NPD in Brandenburg ein Personalproblem. Es fehlt ihr nicht nur an vorzeigbaren Kandidaten oder Mitgliedern, sondern überhaupt an Aktiven. Daraus ergibt sich zum anderen, dass die NPD versucht, durch eine intensive Zusammenarbeit mit der freien Kameradschaftsszene, dieses Defizit auszugleichen. Somit nimmt sie zwar hin, weniger Ausstrahlungskraft auf die Ränder der bürgerliche Mitte der Gesellschaft zu besitzen, kann aber stattdessen zunehmend rechtsradikale bis rechtsextreme jugendliche Subkulturen für sich begeistern. Das wurde auch auf den Kandidatenlisten der NPD deutlich, die weit überdurchschnittlich viele junge Männer aufwiesen. Mit Hilfe dieser Klientel gelang es der NPD auch, recht kurzfristig in Landkreisen wie der Uckermark genügend Unterstützerunterschriften für den eigenen Wahlantritt zu erhalten und darauf folgend einen zwar anonymen, aber dennoch massiv sichtbaren Wahlkampf zu führen. Auch die DVU hat in Brandenburg zunehmend mit Personalproblemen zu kämpfen. Das fehlende Parteileben und die straffe Organisation, die aus der Parteizentrale in München erfolgt, tragen nicht unbedingt zu Attraktivität dieser

Formation bei. Das führt unter anderem dazu, dass die DVU kommunal kaum sichtbar wird. Da beide Parteien erkannt haben, dass ein konkurrierender Wahlantritt die Chancen auf Mandate verringern könnte, schlossen NPD und DVU bereits 2005 ihren so genannten „Deutschland-Pakt“, der festlegt, welche Partei zu welcher Wahl kandidieren wird. In diesem Sinne wurde Brandenburg aufgeteilt. Nur im Landkreis Oder-Spree traten beide Parteien an, da hier sowohl die DVU als auch die NPD bereits Kreistagsmandate innehatte. Die Strukturprobleme beider Organisationen bewirkten jedoch, dass für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin und in den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder) und Brandenburg/Havel keine Kandidaten aufgestellt werden konnten.

Auch wenn letztlich das befürchtete starke Abschneiden von NPD und DVU bei den Kommunalwahlen ausblieb, so vermochten sie es doch, überall wo sie antraten, Mandate zu erringen. Die NPD erzielte dabei in den sechs Landkreisen Ergebnisse zwischen vier und 4,6 Prozent. Lediglich in Cottbus erhielt sie „nur“ knapp drei Prozent. Die DVU errang vor allem in den an das Bundesland Sachsen grenzenden Landkreisen überdurchschnittliche Ergebnisse. Hier hat sich offensichtlich auch die Wahlkampfunterstützung aus dem Nachbarland ausgezahlt. Insgesamt werden nun 29 Mandate von Vertretern der DVU bzw. der NPD in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte wahrgenommen. Das ist nahezu eine Verdreifachung ihrer bisherigen Sitze. Und trotzdem wird das Gesamtergebnis beider Formationen von gut drei Prozent in Teilen der rechtsextremen Szene als Enttäuschung gewertet. Der DVU wird nun sogar prophezeit, aufgrund ihrer schlechten Vorort-Arbeit Gefahr zu laufen, ihre Landtagsvertretung in Brandenburg im Jahr 2009 zu verlieren. Auch der NPD wird vorgeworfen, ihre eigentlichen Potentiale nicht ausgeschöpft zu haben. Insbesondere sei es ihr nicht gelungen, die lokalen Probleme entsprechend aufzugreifen bzw. aufzuladen.¹⁶ Verlässt man jedoch die Landes- und Kreisebene und wirft einen Blick in bestimmte Kommunen, so ergibt sich stellenweise ein durchaus alarmierendes Bild. Ergebnisse im zweistelligen Prozentbereich sind da keine Seltenheit. Die rechtsextreme Szene verfügt also durchaus über lokale Hochburgen. Auffällig ist dabei, dass es sich fast ausschließlich um kleine dörfliche Gemeinden oder Ortsteile handelt, in denen nicht mehr als 250 Wahlberechtigte Menschen leben. Es ist folglich davon auszugehen, dass es hier rechtsextremen Gruppierungen gelungen ist, eine gewisse Dominanz im örtlichen Leben zu erreichen. Das

¹⁵ So kandidierte beispielsweise Alexander Bode, der Rädelsführer der Hetzjagd auf einen Algerier im Jahr 1999, der in Folge dessen starb, für die Stadtverordnetenversammlung von Guben (Landkreis Spree-Neiße).

¹⁶ Das rechtsextreme Internetportal „altermedia“ warf der NPD „Schwerfälligkeit des Parteiapparates“ vor und kritisierte, dass man unter anderem den „Ausländer-Überfall“ an einer Schule in Erkner nicht intensiver thematisiert habe. Siehe: <http://de.altermedia.info/>, 30.09.2008.

Ausgewählte Ergebnisse von NPD und DVU in einzelnen Wahlbezirken

Wahlbezirk (Landkreis)	Gesamtzahl WählerInnen	Gesamtstimmenanteil in Prozent	Stimmen für NPD/DVU
Wollin (Uckermark)	62	34,3	60
Bagemühl (Uckermark)	74	18,0	36
Altdöbern/Reddern (Oberspreewald-Lausitz)	84	16,3	39
Neiße-Malxetal OT Preschen, Gst. Mahlow (Spree-Neiße)	153	12,53	53
Schmargendorf (Uckermark)	136	12,2	48

Ausgewählte Ergebnisse der rechtsextremen Parteien bei den Kommunalwahlen 2008

Landkreis	NPD 2008	NPD 2003	DVU 2008	DVU 2003
Elbe-Elster	-	-	5,1	3,68
Havelland	4,0	-	-	-
Dahme-Spreewald	4,6	-	-	-
Oder-Spree	4,49	2,94	0,87	0,97
Märkisch-Oderland	-	-	3,3	2,44
Oberhavel	4,3	2,69	-	-
Oberspreewald-Lausitz	-	-	4,4	4,33
Spree-Neiße	4,0	-	-	-

„dumpfe Protestwahlverhalten“¹⁷, das Politologen nur zu gern konstatieren, kann man dabei weniger erkennen. Schließlich bedeutete dies, dass keine Identifikation mit der rechtsextremen Ideologie existiere. Eben das ist jedoch der Fall. So gelingt es rechtsextremen Formationen schon seit längerer Zeit, genau in diesen Gegenden, besonderen Zuspruch auch bei Wahlen zu erlangen.¹⁸ Das was Mitte der 1990er Jahre als „normale“ subkulturelle „Bushaltestellenbewegung“ in vielen Dörfern galt, die zwar anpolitisiert, aber keineswegs ideologisch gefestigt war, tritt heute als weitestgehend unorganisierte, aber durchaus politisch überzeugte Jugendclique auf, deren Köpfe nicht selten die Schulungsangebote der NPD durchlaufen haben. Eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit bildet dabei den Kitt der Szene und bindet auch Alteingesessene Ortsbewohner ein.¹⁹

Verstärkt werden diese Tendenzen durch die fehlenden Zukunftsperspektiven und die durchlebten biographischen Brüche in der politischen Wendezeit, die das Gefühl der Nutzlosigkeit und des Nicht-Gebraucht-Werdens festigen.

Zudem bleiben auch die Kader der NPD nicht untätig. Dem Prinzip der „kulturellen Subversion“ oder besser dem der „national befreiten Zone“ folgend, engagieren sie sich in den Dorfvereinen und anderen Ehrenämtern, um so den netten Bekannten von nebenan zu mimen. Nahezu beiläufig gelingt es ihnen dabei oftmals, ihre Mitmenschen zu agitieren. Schließlich werden sie aufgrund ihres Engagements ernst genommen. Und so passiert es, dass Neonazigrößen plötzlich Kreistagsmandate erhalten.²⁰ Die Wahl rechtsextremer Parteien und Gruppierungen ist keineswegs ausschließlich ein Jugendphänomen ist. NPD und DVU sind auch keine Jungwählerparteien. Zwar votieren überdurchschnittlich viele Erst- und Jungwähler für diese Gruppierungen, doch wie Analysen belegen, bildet die Gruppe der 35-55-Jährigen immer noch die größte Wählerbasis für die extreme Rechte.²¹

17 Siehe: Klauwer, Axel: Gerupfte CDU, gestärkte Genossen: Das waren die Kommunalwahlen, unter: www.rbb-online.de, 30.09.2008.

18 So konnte die NPD bei der Bundestagswahl 2005 landesweit 3,2 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Bundesweit waren es hingegen „lediglich“ 1,6 Prozent der Zweitstimmen.

19 In den Gemeinden der Uckermark, in denen die NPD überdurchschnittlich stark abschnitt, zeigt sich das vor allem in der strikten Ablehnung polnischer Neuansiedler, die in einigen Orten vermehrt Grundstücke und Immobilien ankaufen und renovieren bzw. wieder instand setzen.

20 Ein Beispiel dafür bildet Frank Hübner in Cottbus. Hübner war Bundesvorsitzender der 1992 verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative“ (DA). Mit erreichten 493 Stimmen besetzt er für die nächsten Jahre eines der zwei Mandate der NPD in der Stadtverordnetenversammlung der kreisfreien Stadt.

21 Siehe u.a.: <http://www.wahlen.brandenburg.de/lt2004/>, 07.10.2008.

Bei allen Blicken auf NPD und DVU darf nicht vergessen werden, dass auch andere rechte und rechtspopulistische Gruppierungen den Sprung in verschiedene Kreistage geschafft haben. So konnte beispielsweise die RECHTE im Landkreis Märkisch-Oderland ein Mandat erringen. Und auch der national-konservativen DSU gelang es, in den Landkreisen Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz mit jeweils einem Mandat in die Kreistage einzuziehen. Im Barnim, sind zudem Querverbindungen der „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/50Plus“ ins rechtsradikale Spektrum belegt.²² Diese Gruppierung holte unter anderem drei Sitze für den Kreistag Barnim.

Zur Wahlbeteiligung

Es ist mittlerweile Normalität, dass sich die Beteiligung bei Kommunalwahlen um die 50-Prozent-Marke rankt. Brandenburg bildet dabei auch 2008 keine Ausnahme. Mit knapp mehr als 50 Prozent ist dennoch ein leichter Anstieg gegenüber 2003 (45,8 Prozent) zu verzeichnen. Unter Betrachtung der fast flehenden Bitten der Vertreter aller demokratischen Parteien und vor allem unter Berücksichtigung der vielen Alternativen, die mit den freien Wählergruppen auf den Stimmzetteln zu finden waren, ist aber auch das alles andere als ein Ruhmesblatt. Natürlich greift hier die Erklärung, dass die Bedeutung der Kommunalwahl einfach geringer eingeschätzt wird, als die der Wahlen auf anderen politischen Ebenen. Dennoch zeigt sich in diesem Verhalten eine tiefe Verdrossenheit gegenüber der Politik, die nicht selten sogar im Einklang mit der Ablehnung der Demokratie steht. Besonders niedrig ist die Wahlbeteiligung regelmäßig in den größeren bis großen Gemeinden und Städten, während die kleinen Gemeinden und Dörfer Wahlbeteiligungen von 60 Prozent und mehr aufweisen können. Eine enge Verbindung zwischen der Wahlbeteiligung und den Kandidaten, die zur Wahl stehen, ist erkennbar. Lokale Prominente sorgen in den kleinen Gemeinden durch ihre Bekanntheit für höhere Wahlbeteiligungen. Dabei muss nicht unbedingt die parteipolitische Motivation der Grund des Wählens sein. Zudem gilt gerade dort das Wählen allgemein noch als Bürgerpflicht. Die Anonymität ist gering. Das heißt, wer nicht wählen geht, könnte Gefahr laufen, sich dafür im Bekanntenkreis rechtfertigen zu müssen. Die Wahlvorstände sind mit Einheimischen besetzt, die genau wissen, wer seine Kreuzchen gemacht hat und wer nicht.

Das leichte Ansteigen der Wahlbeteiligung in Branden-

burg kann man zum einen auf die drohenden Erfolge rechtsextremer Parteien zurückführen, zum anderen könnte darin auch die Missbilligung der Bundespolitik zum Ausdruck gebracht worden sein - entsprechend der Theorie, dass die allgemeine Wahlbeteiligung anstiege, wenn eine Krisensituation im Land vorläge und der Wähler neu entscheiden müsste, wem er die Lösung der Probleme überträgt.²³ Allerdings sollten dann signifikante Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den vermeintlich abgehängten Regionen und denen im Speckgürtel Berlins erkennbar sein. Dem ist jedoch nicht grundsätzlich so.

Im Allgemeinen sollte eine derart niedrige Wahlbeteiligung jedoch alarmierend auf die Bürger und vor allem auf die politischen Parteien wirken, da es durchaus als Demokratiedefizit auszulegen ist, wenn entscheidungsbefugte Volksvertretungen nicht einmal von der Hälfte der Bevölkerung für dieses Amt legitimiert wurden.

Schlussbemerkungen

Die Brandenburger hatten die Möglichkeit, ihre kommunalen Vertretungen zu bestimmen, doch nur die Hälfte aller Wahlberechtigten hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Ein Umstand, der den politisch Verantwortlichen weiterhin zu denken geben sollte.

Aus dem Ergebnis lässt sich ableiten, dass die Wahlentscheidung der Menschen auf der kommunalen Ebene nicht losgelöst von bundes- und landespolitischen Gegebenheiten erfolgt, aber dennoch ein Stück weit unkonventioneller ist. Nicht Parteien und besonders ausgefeilte Programme, sondern Personen stehen im Vordergrund. Die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens unterstützen diesen Trend. Auch wenn dabei durchaus paradoxe Stimmenkombinationen entstehen.

Aus der Perspektive der großen Parteien scheinen Linke und SPD im Gegensatz zur CDU gut gerüstet zu sein für die kommenden Wahlen. Obwohl von der kommunalen Ebene nur begrenzt Rückschlüsse auf die Landesebene zu ziehen sind, ist absehbar, dass das Thema Soziales auch weiterhin von großer Bedeutung sein wird. Hier zeigen die Linke und mit Abstrichen die SPD ihre Kompetenzen. Die CDU läuft Gefahr, zur Oppositionspartei „degradiert“ zu werden, sollte sie die innerparteilichen Machtkämpfe nicht schnellstens beenden. Sozialisten und Sozialdemokraten scheinen hingegen personell gut aufgestellt zu sein. Das wurde durch die zum Teil herausragenden Ergebnisse einzelner Landespolitiker in ihren Kommunen bestätigt.

²² Die Berliner Zeitung berichtete in mehreren Artikeln, dass einer der Initiatoren dieser Wählergruppierung ehemaliger Landesvorsitzender der Schill-Partei gewesen sei, der zudem den ehemaligen Kreisvorsitzenden der NPD im Barnim-Uckermark als Mitarbeiter beschäftigte.

²³ Vgl.: Hoffmann-Jaberg/ Roth: Die Nichtwähler, in: Bürklin/ Roth: Das Superwahljahr, S. 133.

Brandenburg wird auf kommunaler Ebene auch bunter. Das bewirken die vielen unabhängigen Wählergruppierungen, die in die Kreistage eingezogen sind. Es bleibt abzuwarten, wie sich vor allem die Ein-Programmpunkt-Vereinigungen über ihr eigenes Themenfeld hinaus kommunalpolitisch profilieren können.

Die braunen Flecken sind in Brandenburg nicht mehr zu übersehen. Auch wenn NPD und DVU der große Wurf nicht gelungen ist, wird es ihnen jetzt möglich sein, über die Kreistagsvertretungen ihre demokratie- und Parlamentarismus feindliche Ideologie noch intensiver zu verbreiten. Die gegebene kommunale gesellschaftliche Akezeptanz und zum Teil lokale Verankerung kann dafür Nährboden sein. Beide Parteien werden versuchen, flächendeckend in Erscheinung zu treten. Hier warten schwierige Aufgaben auf die demokratischen Parteien und Organisationen. Zualererst sollte es darum gehen, zu verhindern, dass potentielle Bündnispartner diesen Formationen zur Fraktionsstärke verhelfen. Auch wenn Grüne und FDP bereits angekündigt haben, eine Verfassungsklage gegen die Regelung zur Fraktionsstärke in der neuen Kommunalverfassung zu prüfen. Beobachtet werden muss zudem, ob die Wahlabsprachen von NPD und DVU Bestand haben. Schließlich können die regionalen Erfolge der NPD durchaus dazu beitragen, dass sie sich selbst Chancen auf den Einzug in den brandenburgischen Landtag ausrechnet.

Axel Krumrey ist Mitarbeiter im Büro der Geschäftsführung der RLS.

Neue Publikationen der RLS:

Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland

Von Peter Ullrich. Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 48

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17450>

Lateinamerika, eine neue Ära?

Von Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg.). Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 47

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17449>

Internationale Politik im 21. Jahrhundert. Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen

Von Erhard Crome (Hrsg.). Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 80

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17374>

RosaLux – Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung 3/2008

Schwerpunkt »Rechtsextremismus«; weitere Themen: Neue Feminismen – alte Ungleichheiten, Zu Gast in Rosas Heimat, Gesprächskreis Wirtschaftspolitik, Workshop zu grünem Kapitalismus, die RLS in Bayern u.v.m.; illustriert mit Fotos aus der Ausstellung »Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt« von ReachOut.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17316>

Reihe »rls standpunkte«:

Hintergrund, Positionierung und Fragen zur Rettungsaktion der Hypo Real Estate (HRE) und zu staatlichen Rettungsaktionen allgemein.

Standpunkte 21/2008 von Axel Troost.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17346>

Lateinamerika boomt auch auf dem Papier. Die europäischen Zellstoffmultis entdecken den lateinamerikanischen Kontinent.

Standpunkte 20/2008 von Stefan Thimmel.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17345>

Demografie, Produktivitätsfortschritt, Rentenentwicklung.

Zur aktuellen Rentenpolitik der Bundesregierung und das Resultat einer diesbezüglichen Petition an den Bundestag. Standpunkte 17/2008 von Werner Schneider.

URL: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=17286>